



GRÜNE

Luzern



Kommunalwahlen vom 20. April 2008

Mehr Grün in die Agglo!

Schwerpunkt

3

Kommunalwahlen: Wir treten in Emmen, Kriens und Sursee an, die L2O in Horw.

Stadt

12

Die Initiative für eine kinder- und elternfreundliche Stadt zeigt Wirkung.

Kanton

8

Nach der Behandlung im Kantonsrat: Unsere Energie-Initiative zurückziehen?

Intern

16

Auf dem Sekretariat wird auf Anfang Juli eine Stelle frei.

Editorial

Kein Freipass für Willkür

Rosa Rumi, Co-Präsidentin Grüne Luzern, Alberswil

Auf das für uns Grüne erfolgreiche Wahljahr 2007 folgt das Wahljahr 2008. Unsere Leute in Emmen, Horw (LZO), Kriens und Sursee sind gut unterwegs und setzen sich mit Schwung für grüne und soziale Anliegen ein.

Wir wünschen ihnen viel Erfolg!

Während uns Grünen gute Ideen Energie für unser Engagement geben, mobilisiert sich die SVP vor allem durch politische Niederlagen. Das zeigt sich bei der Initiative «HarmoS ist nicht harmlos», aber auch ganz besonders bei ihrer eidgenössischen Initiative zum Thema Einbürgerung, über die wir am 1. Juni abstimmen. Trotz Bundesgerichtsentscheid, trotz positiver Erfahrungen mit den bestehenden Einbürgerungskommissionen, die in der Regel faire und begründete Entscheide fällen, will die SVP das Rad der Zeit zurückdrehen: Sie will beispielsweise Entscheide an der Urne wieder zulassen und gleichzeitig die Möglichkeit ausschliessen, solche Entscheide anzufechten. Bei Annahme der Initiative wäre der Willkür wieder Tür und Tor geöffnet – das darf nicht sein.

Wie bekämpft man Littering, wildes Plakatieren, Pöbeleien von Alkoholisierten? Indem die Behörden schnell und prompt reagieren? Einverstanden. Die Luzerner Regierung schlägt dies in einem Gesetzespaket vor. Im Paket enthalten ist aber auch der Wegweisungsartikel, der es erlaubt, unerwünschte Personen, die die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden oder stören könnten, wegzuweisen.

Die St. Galler und St. Gallerinnen haben bereits Erfahrung mit der Wegweisung. Es hat sich gezeigt, dass randständige Einzelpersonen weggewiesen werden, die nicht dem Ideal des tüchtigen Bürgers entsprechen. Wir Grünen wollten, dass im Kantonsrat der umstrittene Gesetzesartikel als eigene Vorlage behandelt würde statt «im Päckli» mit den unumstrittenen Massnahmen gegen Littering. Leider haben es CVP und FDP versäumt, die Vorlage der Regierung zu korrigieren. Es bleibt beim «Päckli», und damit wurde auch hier der Willkür die Türe weit geöffnet.



PATRICK STEINER
G
 PARKETTARBEITEN
 MALERARBEITEN
 NATURFARBEN

LUZERNERSTRASSE 33C
 6010 KRIENS
 TELEFON 079 650 79 42

Die Idee
 von Ihnen
 Das Holz
 der Region
 Die Qualität
 in Schreiner

Stefan Suhner
 Möbelschreinerei
 Rösslimattweg 8
 6005 Luzern
 Telefon 041 310 27 12
 www.holzding.ch

Kommunalwahlen in Emmen

Emmen an die Sonne

Monique Frey, Einwohnerrätin und Gemeinderatskandidatin Grüne, Emmen

Mit dem Slogan «Emmen an die Sonne» fordern wir Grüne ein Umdenken in der Gemeinde im Bereich Bau, Gesellschaft und Verkehr. Jetzt müssen endlich Massnahmen gegen den Klimawandel ergriffen werden.

«Emmen an die Sonne» startete bei den Nationalratswahlen, um die Kandidatur von Luzius Hafen zu unterstützen. Mit einem Faltblatt über Emmer Unternehmen, die alternative Energiequellen nutzen, installieren und produzieren, haben wir alle Haushaltungen in der Gemeinde bedient.

Mit dem Slogan steigen wir nun auch in den kommunalen Wahlkampf ein. Das Ziel ist es, im Einwohnerrat einen vierten Sitz zu erreichen. In Emmen ist mit einer linken Vertretung von heute 22,5 % doch noch einiges erreichbar. Auf der Einwohnerratsliste werden 13 Kandidierende kumuliert, davon sind sieben jünger als dreissig Jahre. Leider konnten

nur vier Frauen für eine Einwohnerratskandidatur überzeugt werden, dafür kandidieren für die Bürgerrechtskommission vier Frauen.

Vorstösse eingereicht

Im Einwohnerrat haben wir drei Vorstoss-pakete eingereicht:

- In der Bauordnung fordern wir für alle Neubauten Minergie-P-Standard und Warmwasseraufbereitung mit Sonnenenergie sowie einen ressourcenoptimierten Betrieb in der Verwaltung.
- Im Bereich Gesellschaft wurden Vorstösse zu den Themen Gender, interkultureller Beirat und Demokratie eingereicht.
- In der Verkehrspolitik fordern wir den Viertelstundentakt für alle öffentlichen Verkehrsmittel, freie Fahrt für die Busse und eine Verbesserung des Velowegnetzes.



In Emmen kandidieren für den Gemeinde- und Einwohnerrat:

Monique Frey, 1965, Dr. Agronomin ETH

für den Einwohnerrat:

Andreas Kappeler 1983, bisher, Student Volkswirtschaft und Politologie

Luzius Hafen 1964, bisher, Rechtsanwalt

Illya Arnet-Clark, 1967, M. Ed., Mutter, Lehrerin, Sprachbuch-Autorin

Jonas Aebi, 1985, Student Soziologie

Judith Bannwart, 1980, Kindergarten-Lehrperson, Studentin PHZ

Peter Barmet, 1980, MSc ETH Umwelt-Natw., Wissenschaftl. Mitarbeiter ETH

Carla Gross, 1988, Schülerin KSR

Daniel Egli, 1988, Student

Timo Krebs, 1987, Schüler KSR

Roger Thrier, 1967, Haustechniker

Micha Vollmeier, 1984, Kaufm. Angestellter, Student MSE Reussbühl

Arnold Wyrsh, 1952, Hochschuldozent

für die Bürgerrechtskommission:

Ursula Hildebrand, 1965, Theaterschaffende

Judith Huber, 1964, Künstlerin

Marie-Theres Kappeler, 1957, schulische Heilpädagogin, Primarlehrerin

Rita Pasquale Herger, 1955, Homöopathin, Erwachsenenbildnerin



Vorderste Reihe: Judith Huber, Illya Arnet-Clark, Marie-Theres Kappeler, Monique Frey, Carla Gross. Mittlere Reihe: Arnold Wyrsh, Ursula Hildebrand, Luzius Hafen, Judith Bannwart, Roger Thrier, Rita Pasquale Herger. Hintere Reihe: Peter Barmet, Andreas Kappeler, Jonas Aebi, Micha Vollmeier, Timo Krebs, (es fehlt Daniel Egli).

Wir haben eine neue Website www.gruene-emmen.ch, auf der weitere Informationen zu den Vorstössen und zu unserem Wahlfest vom 20. April nachzulesen sind.

Kommunalwahlen in Kriens

Keine Altherrenliste

Michael Töngi, Grüne Kriens und Co-Präsident Grüne Luzern

Die Krienser Grünen treten mit 22 Kandidierenden zu den Einwohnerratswahlen an. Auf ihrer Liste sind sechs junge Grüne – damit setzt diese Liste einen schönen und wichtigen Kontrapunkt zu den aus dem Boden spriessenden Altherrenlisten von FDP und SVP. Dass sich alt Nationalräte und alt Grossräte in Scharen für die Arbeit im Einwohnerrat interessieren, ehrt uns Krienser. Es lässt einen aber etwas an der Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinde zweifeln ...

Wie dem auch sei – die Krienser Grünen setzen sich zum Ziel, zwei zusätzliche Einwohnerratssitze zu holen. Was nicht vermessen ist, denn einerseits wird der Rat um sechs Sitze aufgestockt, und andererseits haben die Grünen die letzten vier Jahre mit einer starken Politik ihr Wählerpotenzial in Kriens weiter ausgebaut. Massgeblich mitbeteiligt daran ist auch Gemeinderat Cyrill Wiget. Er hat die Stimme in Kriens für einen starken Umweltschutz. Und er hat im Bereich Jugendarbeit und Kinderbetreuung bereits in seinen ersten vier Jahren als Gemeinderat einiges erreicht.



Massloses Wachstum

Viele Leute in Kriens ärgern sich über das masslose Wachstum ihrer Gemeinde und über eine Politik, die sowohl innerhalb des Siedlungsgebietes wie auch an seinen Rändern Grünflächen opfert und selbst in den Naherholungsgebieten Sonnenberg und Krienseregg Praktiken duldet, die den Schutzinteressen dieser Gebiete widersprechen. Wir setzen uns auch in den nächsten Jahren dafür ein, dass auf dem Sonnenberg in der Grünzone keine weiteren Bauten entstehen und dass der Krienser Hochwald sorgfältig gepflegt wird. Zurzeit sammeln wir Unterschriften gegen weitere Parkplätze bei der Talstation der Pilatus-Bahnen. Notabene als einzige Partei – obwohl diese Parkplätze seit vielen Jahren ein Thema sind und schon in grösseren Koalitionen abge-

lehnt wurden. Tja, wenn es die Grünen nicht gäbe ...

Unsere Kandidatenbroschüre finden Sie als PDF unter www.kriens.gruene-luzern.ch.

MV

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

**Elektrosmogmessung | Schlafplatzuntersuchung
Feuchtigkeits- und Schimmelprobleme
Mängel in der Wohnung**

Werden Sie Mitglied!

Wir unterstützen und beraten Sie zuhause - schnell und professionell!

Telefon 041 220 10 22 | mvl@bluewin.ch | www.mieterverband.ch/luzern

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g

Kommunalwahlen in Horw

Zweitstärkste Kraft bleiben

Michael Albisser, L2O, Horw

Am 20. April 2008 finden auch in Horw die Gesamterneuerungswahlen statt. Die L2O steigt mit elf Kandidierenden für den Einwohnerrat sowie dem bisherigen Sozialvorsteher Oskar Mathis ins Rennen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, den bisherigen Sitz im Gemeinderat zu sichern und wiederum als zweitstärkste politische Kraft aus den Wahlen hervorzugehen.

In den vergangenen Jahren hat die L2O gezeigt, dass sie den Erwartungen und Ansprüchen einer breiten Bevölkerung gerecht wird. Neben den bürgerlichen Volksparteien ist unsere Partei eine notwendige Alternative, die für eine umwelt- und familienfreundliche Sachpolitik steht. Die L2O setzt sich für die Lebensqualität der gesamten Bevölkerung ein.

Bei unserem Wahlauftritt stehen inhaltliche Schwerpunkte im Vordergrund. Zu den wichtigsten Horwer Themen haben wir Kernaussagen formuliert, die nun auf grossen farbigen Plakatwänden auf dem Gemeindegebiet zu lesen sind (siehe www.L2O.ch). Ein Kopfkomi-

tee soll die L2O bei den Wahlen unterstützen; geplant ist ein Plakat, auf dem SympathisantenInnen mit ihrem Porträtfoto für die L2O werben.

Wir danken allen Wählerinnen und Wählern für ihre Unterstützung.

In Horw kandidieren für die L2O für den Gemeinderat:

Oskar Mathis-Blum 52, bisher, Sozialvorsteher

für den Einwohnerrat:

Miriam Scammacca Albisser, 36, bisher, dipl. Sozialarbeiterin, Teilzeitpensum
Kind Jugend Familie/Stadt Luzern

Rita Wyss (bisher), 47, Lehrerin

Beatrice Heeb-Wagner, 44, bisher, Kaufm.
Fachbearbeiterin/Familienfrau

Konrad Durrer, 48, bisher, Dipl. Ing. ETH

Heiri Schwegler-Bächler, 47, bisher, Informatiker

Jörg Stalder, 42, bisher, dipl. Architekt HTL,
selbstständig

Claudia Meier, 36, dipl. Geografin/Mittelschullehrerin

Emina Muminovic, 20, Studentin

Franz Leipold, 52, Lehrer, kandidiert auf der L2O-Liste als unabhängiger Kandidat

Hanspeter Lehner, 52, Sekundarlehrer, Erwachsenenbildner

Markus Binder-Peier, 42, Theologiestudent



1. Reihe v.l.n.r.: Rita Wyss, Beatrice Heeb-Wagner, Oskar Mathis-Blum
2. Reihe: Franz Leipold, Jörg Stalder-Kronenberg
3. Reihe: Hanspeter Lehner, Konrad Durrer
4. Reihe: Claudia Meier, Emina Muminovic
5. Reihe: Heiri Schwegler-Bächler, Miriam Scammacca Albisser



Oeko-Hotel Gruebisbalm/Rigi

Unser ökologisches Hotel liegt idyllisch gelegen an der autofreien Rigi-Südseite. Das Hotel ist baubiologisch renoviert, und wir nutzen die Sonne für Strom und Warmwasser. In unserer Küche kochen wir frische und natürliche vegetarische und nicht vegetarische biologische Vollwert-Speisen. Bei uns können Sie angenehme Ferientage verbringen, Kurse und Tagungen durchführen oder auch Feste feiern. Als familienfreundliches Hotel übernachten bei uns Kinder bis 14 gratis im Zimmer der Eltern. Im Sommer ist die Rigi ein herrliches Wandergebiet, und im Winter ist das Skigebiet mit den Rigi-Bahnen bequem erreichbar.

Hotel Gruebisbalm/Rigi, Familie Schaub
6354 Vitznau, Tel. 041-397 16 81, Fax 041-397 21 70

Kommunalwahlen in Sursee Eine echte Wahl ermöglichen

Andreas Hofer, Co-Präsident Grüne Region Sursee

Die Ausgangslage liess vermuten, dass auch diesmal die CVP alle wichtigen Ämter sowie die Mehrheit im Surseer Stadtrat für sich beanspruchen würde.

Die CVP war im Stadtrat bis anhin mit vier Personen vertreten, die SP mit einer Stadträtin. Da die CVP auf ein Stadratsmandat (Ressort Bau, Sicherheit und Umwelt) freiwillig verzichtete und die FDP für dieses Ressort einen Kandidaten aufstellte, zeichnete sich eine Wahl ohne Auswahl ab. Dies war für uns Grüne Ansporn, den Stimmberechtigten mit einer eigenen Kandidatur eine Auswahl zu ermöglichen und so ökologische Anliegen direkt in die Exekutive einbringen zu können.

Auch für die Schulpflege konnte mit Cornelia Zimmermann Wagner eine kompetente Kandidatin nominiert werden, die nun um einen der insgesamt drei Sitze kämpfen wird.



Für die Einbürgerungskommission (14 Sitze), die im Proporzwahlverfahren gewählt wird, haben wir mit unseren drei Kandidatinnen und vier Kandidaten eine ausgewogene Auswahl. Zudem sind wir für die Wahl der Einbürgerungskommission mit der SP eine Listenverbindung eingegangen.

In Sursee kandidieren auf grünen Listen für den Stadtrat:

Andreas Hofer, 42, Sozialpädagoge, Berufsfischer und Kantonsrat

für die Schulpflege:

Cornelia Zimmermann Wagner, 39, Künstlerin, Familienfrau und Mutter

für die Einbürgerungskommission:

Tobias Bolfig, 23, Student

Denise Klein, 31, Spielgruppenleiterin, Familienfrau und Mutter

Franziska Illi, 26, Fachlehrperson

Samuel Odermatt, 22, auszubildender Maurer (Zweitausbildung)

Leodegar Ottiger, 52, Betriebsleiter

Barbara Schmid-Illi, 32, Aktivierungstherapeutin

Matthias Steiner, 31, Pflegefachmann HF, Student



BE Netz AG Luzern plant ganzheitlich und baut

- Solaranlagen für Warmwasser und Strom
- Pelletskessel und Pelletsöfen, Stückholzheizungen
- Wärmepumpen
- Moderne energiesparende Haustechnik
- Energieberatungen für Umbauten

Im info-heiz-center können wir Ihnen alle Kessel in Betrieb zeigen. Sie bekommen bei uns alles aus einer Hand, die Beratung, die Planung und die Installation. Umfangreiche Referenzlisten zeigen Ihnen unsere Stärken.

Rufen Sie uns heute noch an,
unser Team freut sich auf ihren
Anruf 041 410 40 70

BE | NETZ

Bau und Energie

BE Netz AG
Bernstrasse 57a
6003 Luzern
info@benetz.ch / www.benetz.ch

Nehmen Sie sich Zeit für Ihre Gesundheit

ZEN SHIATSU

unterstützt die aktive Gesundheitsförderung,
hilft Stress und Burn-out vorzubeugen,
eignet sich als Therapie
bei körperlichen und psychischen
Beschwerden



Brida Rüttimann
Praxis für Zen Shiatsu
Winkelriedstr. 30
6003 Luzern
Telefon 041 210 20 00
Kassenanerkannt

Abstimmung vom 1. Juni 2008

Das Rad der Zeit zurückdrehen

Ali R. Çelik, Mitglied kantonaler Vorstand, Luzern

Die Integration von MigrantInnen gelingt nur, wenn Bund, Kantone und Gemeinden einander ergänzende Massnahmen treffen. Seitens der SVP und ihrer Verbündeten wird aber seit Jahren jede Bemühung bekämpft, die MigrantInnen besser zu integrieren. Stattdessen instrumentalisiert die SVP Migrations- und Integrationsfragen permanent für ihre Zwecke und propagiert Diskriminierung und Repression. Aktuelles Beispiel ist die Einbürgerungsinitiative, die am 1. Juni 2008 zur Abstimmung kommt. Mit ihrer Einbürgerungsinitiative reagiert die SVP auf verschiedene Gerichtsentscheide bezüglich negativer Einbürgerungsentscheide. Ausschlaggebend war der Bundesgerichtsentscheid vom 9. Juli 2003; damals stufte das Bundesgericht Einbürgerungsentscheide in der Gemeinde Emmen als diskriminierend ein und erklärte Urnenabstimmungen über Einbürgerungen für verfassungswidrig. Für

dieses Organs über die Erteilung des Gemeindebürgerrechts ist endgültig.» Nach Annahme der Initiative gäbe es für Einbürgerungswillige keine Rekursmöglichkeiten mehr gegen Ungleichbehandlung und willkürliche Entscheide.

Nur negative Auswirkungen

Mit ihrer Einbürgerung erhalten Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit, in der Schweiz politisch zu partizipieren. Das Gefühl der Zugehörigkeit motiviert Menschen dazu, Verantwortung zu übernehmen – die Einbürgerung ist also einer der wichtigsten Schritte zur Integration. Eine Annahme der SVP-Initiative würde sich auf die Integration von EinbürgerungskandidatInnen negativ auswirken, denn in der Verfahrenspraxis würde es keine Garantie gegen Willkür, Ungleichbehandlung und Diskriminierung mehr geben.

Wir im Kanton Luzern Lebenden wissen von der Willkür und Ungleichbehandlung, wie sie bei Einbürgerungsentscheiden z. B. in den Gemeinden Emmen, Beromünster und Littau vorgekommen sind. Es muss verhindert werden, dass die SVP-Initiative am 1. Juni 2008 eine Mehrheit findet.

Nein-Komitee braucht Ihre Unterstützung

Wir Grünen übernehmen die Federführung im Luzerner Nein-Komitee gegen die SVP-Einbürgerungsinitiative. (Möglicherweise wird es im Kanton Luzern ein linkes und ein bürgerliches Nein-Komitee geben.) Wer daran interessiert ist, im Komitee mitzuarbeiten oder uns finanziell zu unterstützen, melde sich bitte auf dem Sekretariat (Telefon 041 360 79 66, lu@gruene.ch). Wir freuen uns über jede Unterstützung.



Echte Schafe, ob weiss oder schwarz, können gut zusammenleben.

das Bundesgericht ist «ein Einbürgerungsentscheid nicht rein politischer Natur, sondern auch ein Akt der Rechtsanwendung». Das heisst, dass ein Beschwerderecht und folglich die Begründung eines Entscheides möglich sein müssen. Ein Urnenentscheid kann jedoch nicht begründet werden.

Nun will die SVP das Rad der Zeit zurückdrehen und mit ihrer Initiative die Bundesverfassung wie folgt ergänzen: «Die Stimmberechtigten jeder Gemeinde legen in der Gemeindeordnung fest, welches Organ das Gemeindebürgerrecht erteilt. Der Entscheid



R E S T A U R A N T B A R
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

Energie-Initiative und Gegenvorschlag

Ball liegt beim Initiativkomitee

Alain Greter, Kantonsrat Grüne, Luzern

Im Oktober 2006 haben wir Grünen die kantonale Volksinitiative «Weg vom Öl – hin zu erneuerbaren Energien» eingereicht. Die Initiative verlangt, dass der Kanton Luzern den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch bis 2030 verdoppelt. Wie haben Regierung und Kantonsrat auf die Initiative reagiert?

Die Regierung hat im November 2007 Stellung bezogen: Die allgemeine Anregung der Initiative sei zu eng formuliert, der Kanton könne das Ziel nämlich nur dann erreichen, wenn parallel zum Kanton auch der Bund entsprechende Massnahmen treffen würde. Deshalb stellte die Regierung dem Parlament den Antrag, die Initiative abzulehnen. Weil sie aber das Ziel generell unterstützt, hat sie einen Gegenvorschlag unterbreitet. Die Verdoppelung soll in Koordination mit und in Abhängigkeit von den Massnahmen des Bundes erreicht werden.

Energiekonzept enthält Details

Zur Umsetzung des Ziels erlässt die Regierung ein Energiekonzept. Dieses Konzept umschreibt unter anderem die einzelnen Massnahmen, die zeitliche Planung und die Kosten für den Kanton. Es stützt sich auf den Planungsbericht über die Energiepolitik, in dem vier energiepolitische Eckpfeiler gesetzt wurden:

- energetische Verbesserung der Gebäude
- erweiterte Nutzung von Holzenergie zur Wärme- und Stromerzeugung
- Förderung von Biogas ebenfalls zur Wärme-, Strom- und Gaserzeugung
- und schliesslich Information, Beratung, Aus- und Weiterbildung.

Für die Begrenzung des Energieverbrauchs in Gebäuden sind vor allem die Kantone zuständig. Aus diesem Grund will sich der Kanton Luzern auf diesen Bereich konzentrieren. Dazu gehören das Förderprogramm Gebäudeenergie und die Einführung des Minergie-Standards bei Neubauten.

Erste Lesung im Kantonsrat

In der Januarsession fand die erste Beratung im Kantonsrat statt. Unsere Fraktion vertrat die Ansicht, dass die Ergänzung «in Koordination mit und in Abhängigkeit von den Massnahmen des Bundes» unnötig sei. Zum einen gelte übergeordnetes Recht immer, es müsse demnach nicht explizit erwähnt werden. Zum anderen habe der Kanton genügend Spielraum, um die Verdoppelung in Eigenregie zu erreichen.

Der Antrag von SP und Grünen, die Initiative anzunehmen, wurde jedoch von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. CVP und FDP sprachen sich jedoch für den Gegenvorschlag der Regierung aus, die SVP-Fraktion hingegen konnte sich weder für die Initiative noch für den Gegenvorschlag erwärmen und lehnte beide Vorlagen ab.

Rückzug der Initiative?

Am 3. März erfolgte die bei Gesetzesänderungen nötige zweite Beratung. Dabei hat sich nichts verändert. Die Initiative wurde abgelehnt, der Gegenvorschlag klar angenommen. Nun liegt der Ball beim Initiativkomitee: Es muss entscheiden, ob es die Initiative aufrecht erhält oder sie zugunsten des Gegenvorschlags zurückzieht. Wird die Initiative zurückgezogen, unterliegt der Gegenentwurf dem fakultativen Referendum. Wenn niemand das Referendum ergreift, tritt die Änderung des Energiegesetzes am 1. Januar 2009 in Kraft. Hält das Komitee an der Initiative fest, kommen Initiative und Gegenvorschlag vermutlich im Herbst zur Abstimmung.



Horw · St. Niklausen

Bio-Fleisch: Von Natur aus besser.
Verkauf ab Hof jeden Samstag von 8-13 Uhr

Ueli & Hof

Bio-Hof Mättwil · Tel. 041 342 05 46 · www.uelihof.ch

Zu Wegweisung und Videoüberwachung

Glaube an den grossen Bruder

André Grossen, Mitglied Referendum gegen Videoüberwachung, Luzern

Sicherheit ist das allgegenwärtige Thema der heutigen Zeit. In Sicherheitsfragen wird dem Staat blind vertraut. Auch lokal trägt dieses Vertrauen Früchte: Kameraüberwachung und Wegweisung als Lösung gegen Littering und Jugendliche, die als Sicherheitsproblem gesehen werden.

Ein Ausflug in die Schweiz der Achtzigerjahre: Über zehn Prozent der SchweizerInnen galten als mutmasslich staatsfeindlich; sie wurden von Polizei und Bundesbehörden überwacht und fichiert. Betroffen waren viele linke PolitikerInnen, GewerkschafterInnen und deren persönliches Umfeld. Die systematischen Bespitzelungen flogen auf und lösten eine landesweite Debatte aus. Die parlamentarische Untersuchungskommission, die daraufhin eingesetzt wurde, stiess 1989 zusätzlich auf Beweise für eine Geheimarmee. Sie war von der Schweizer Armee ohne Wissen des Parlaments gegründet worden, hatte illegal Wafendepots angelegt und Personen für den bewaffneten Kampf ausgebildet.

Nach diesen Vorkommnissen war das Vertrauen vieler BürgerInnen in den Staat erschüttert. Es bildete sich ein breiter gesellschaftlicher Konsens gegen exzessive staatliche Eingriffe in die Privatsphäre, und man glaubte sich künftig besser geschützt vor unkontrollierter präventiver Überwachung.

Zwanzig Jahre nach dem Fichenskandal

Zwanzig Jahre danach ist von diesem gesellschaftlichen Konsens nichts mehr übrig geblieben. Spätestens seit dem 11. September 2001 wird auch bei uns die Politik der permanenten Angst erfolgreich betrieben. Gesetzesänderungen werden unkritisch und unreflektiert abgesegnet, und in der Schweiz läuft die staatliche Datensammlung wieder auf Hochtouren. Es ist unmöglich nachzuvollziehen, wo einmal gesammelte Daten überall landen.

Der Staatsschutz, allen voran der Dienst für Analyse und Prävention, wird voraussichtlich einen Freipass für neue Schnüffelorgien erhalten (vgl. die geplante Revision «Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit»). Ende Januar hat der Luzerner Grosse Stadtrat ein Reglement zur Videoüber-

wachung verabschiedet; Anfang März hat der Kantonsrat Luzern in der ersten Lesung eine Änderung des Polizeigesetzes gutgeheissen, den so genannten Wegweisungsartikel.

Kommerzialisierte Stadt

Die offiziellen Ziele der Luzerner Stadtentwicklung sind die Schaffung exklusiven Wohnraums, um gute SteuerzahlerInnen anzulocken, und die Wahrung einer touristisch-traditionellen Atmosphäre. Die Frage sei erlaubt, wo zwischen protzigem Luxus und kleinbürgerlicher Idylle der Platz für Menschen bleibt, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind und denen eine komplett kommerzialisierte und sterile Stadt zuwider ist. Eine klare Antwort auf diese Frage hat die Stadt Luzern mit der Verhaftung von 245 kulturinteressierten Menschen bereits am 1. Dezember 2007 im Vögeligärtli gegeben. Zu dieser Politik passen dann auch Videoüberwachung und Wegweisung. Dass diese Mittel keine Probleme lösen, ist da Nebensache. Der grossen Bruder wirds schon richten.



Mit allen Mitteln soll der öffentliche Raum eingeschränkt werden.

*Unterschreiben auch Sie das städtische Referendum gegen die Videoüberwachung!
Mehr Informationen unter
www.keinekameras.ch.*

Referendum gegen das HarmoS-Konkordat

Bildung für die Kleinsten

Heinz Bähler, RundBrief-Redaktion, Luzern

Mit dem Slogan «HarmoS ist nicht harmlos» hat ein der SVP nahe stehendes Referendumskomitee innerhalb kurzer Zeit über 14'000 Unterschriften gesammelt. Somit müssen die Luzerner Stimmberechtigten noch in diesem Jahr zum HarmoS-Konkordat Stellung nehmen (wahrscheinlich im September).



Bei der Unterschriftensammlung stellte das Referendumskomitee die geplante frühere Einschulung (nach dem vollendeten 4. Lebensjahr) in den Mittelpunkt seiner Argumentation. Die Komiteemitglieder finden die geplante Reform auch zu teuer. Die Frage stellt sich, ob HarmoS eine Chance für unsere Kinder oder tatsächlich «nicht harmlos» ist.

Einführung der Basisstufe?

Claudia Meier, Kindergärtnerin und Co-Präsidentin des Komitees, formuliert die Bedenken wie folgt: «Mit vier Jahren würden die Kinder ja nicht in den Kindergarten eintreten, sondern in die Basisstufe. Diese würde via HarmoS einfach eingeführt – obwohl die Regierung versprochen hat, das Pilotprojekt auszuwerten, bevor weitere Entscheide fallen.» Dem ist entgegenzuhalten, dass im Konkordat lediglich Folgendes festgehalten ist: «Die Primarstufe inkl. Vorschule oder Eingangsstufe dauert acht Jahre.» Diese Formulierung lässt Raum für verschiedene kantonale Modelle (von der Beibehaltung der Struktur Kindergarten-Primarstufe bis hin zu einem bestimmten Modell der Eingangsstufe, d.h. Basisstufe). Mit anderen Worten: Auch wenn der Kanton Luzern der HarmoS-Vereinbarung beitrifft, kann über die flächendeckende Einführung der Basisstufe frei entschieden werden (entweder entscheidet der Kantonsrat oder – bei einem Referendum – die Stimmberechtigten).

Grösserer Druck auf die Kinder?

Viele Eltern und Lehrpersonen haben Fragen und Befürchtungen im Zusammenhang mit der geplanten früheren Einschulung. Leiden die Kinder nicht vermehrt unter Stress, weil sie dem Druck nicht standzuhalten vermögen? Mischt sich der Staat nicht zu früh in Erziehungsfragen ein? Viele Forschungsergebnisse zeigen, dass Kinder im Alter von vier Jahren eine grosse Lernbereitschaft zeigen. Auf diese könnten nicht alle Eltern gleich gut reagieren. Von einer früheren Einschulung profitieren die Kinder, und zwar unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft. Doch dafür müssen zwei Bedingungen erfüllt sein: Die Vorschule muss sich als Bildungsinstitution mit einem Bildungsanspruch verstehen und muss über sehr gut ausgebildete Lehrpersonen verfügen.

Was notwendig ist

In Zukunft soll also nicht mehr das Verhältnis zwischen Kindergarten und Primarstufe, sondern die Gestaltung der Bildungszeit der vier- bis achtjährigen Kinder in der Schweiz im Zentrum der Diskussionen stehen. Es gilt, alters- und entwicklungspezifische Unterrichtsformen zu entwickeln, die zu einer kontinuierlichen Förderung der verschiedenen Lernprozesse bei den Kindern führen.

Die Vorverlegung des Schuleintrittalters ist nur vertretbar, wenn die aktuellen Spiel-, Lehr- und Lernformen weiterentwickelt werden, wenn das vorhandene Raumangebot eine multifunktionale Nutzung ermöglicht (zeitgleiche Beschäftigung mit unterschiedlichen Angeboten sollte möglich sein) und wenn die Lehrpersonen entsprechend weitergebildet werden. HarmoS könnte eine Chance sein – wenn die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen.

Das Konkordat tritt in Kraft, wenn rechtzeitig zehn Kantone beitreten (2009). Es wird zurzeit damit gerechnet, dass das Quorum schon im Sommer 2008 erreicht wird. Sollte ein einzelner Kanton nicht beitreten, hat der Bund die Kompetenz, verbindliche Regelungen zu erlassen.

für sie «gut zum druck»

g e g e n d r u c k _ G m b H

_offsetdruckerei _t 041 360 82 70



Neue Richterin am Amtsgericht Luzern-Stadt

Sabine Studer ist gewählt

Natalie Kamber, Sekretariat Grüne, Luzern

Nach sieben Jahren ist Lilian Bachmann als Amtsrichterin zurückgetreten. Zu ihrer Nachfolgerin wählte der Kantonsrat am 4. März 2008 Sabine Studer.



Sie war von der grünen Fraktion nominiert worden, nachdem sie von einer sehr gut besuchten Mitgliederversammlung zur Nomination empfohlen worden war. Wir gratulieren der neuen Richterin herzlich zur Wahl! An der Versammlung vom 25. Februar wurde auch das neue Wahlreglement für Richterpersonen diskutiert. Einhelligkeit bestand darin, dass künftig ein Fachausschuss mit den BewerberInnen sprechen und alle wichtigen Abklärungen treffen soll. Ob danach allerdings eine Mitgliederversammlung eine Empfehlung an die Fraktion formuliert oder die Fraktion allein entscheidet, ist noch nicht klar. Wir werden diese Frage voraussichtlich an der diesjährigen GV klären.



Ein Interview mit Sabine Studer finden Sie im RundBrief 5/2007, Seite 11, oder im Internet (www.gruene-luzern.ch/docs/rb0705).

Sabine Studer, die neue Richterin der Grünen am Amtsgericht Luzern-Stadt.

archinatura
Büro für Architektur + Baubiologie

Überzeugende Architektur im Einklang mit der Natur

Orientiert an der Sonnenlaufbahn	Berücksichtigung der Mondphasen
Solare Warmwasseraufbereitung	Konstruktive Solarenergienutzung
Wintergärten mit Solarenergienutzung	Regenwassernutzungsanlage
Grundofen- oder Pellet-Heizung	Strahlungswärme mit Wandheizung
Atmungsaktive Baukonstruktion	Kombinierter Holz- und Lehmbau
Natürliche Baumaterialien	Innenausbau mit Holz und Lehm
Bauteilwiederverwendung	Einfache technische Installationen
Naturfarben, Kalk- und Lehmputze	Dachbegrünung und Naturgärten
Ausserst behagliches Wohnklima	Offenes, traumhaftes Raumkonzept
Sparsamer Betrieb und Unterhalt	Minimaler Einsatz grauer Energie
Bringt sehr hohe Lebensqualität	Gezielte Gesundheitsvorsorge
Ungewöhnliche, innovative Ideen	Überzeugende Lösungen
Kompetente Bauleitung	Effizientes Baumanagement
Umfassende Bauplanung	Neu- und Umbauten aller Art

Gerne zeigen wir Ihnen eines unserer Referenzobjekte

Paul Nijman Dipl. Architekt + Baubiologe SIB 6207 Nottwil
041 937 19 18 Info@archinatura.ch www.archinatura.ch

s t a t t k i n o

ab 3. April
EL OTRO
von Ariel Rotter

ab 10. April
UNSER TÄGLICH BROT
von Nikolaus Geyrhalter

ab 24. April
LOVE AND HONOR von Yoji Yamada

ab 1. Mai
THÈBES
À L'OMBRE
DE LA TOMBE
von Jacques Siron

ab 8. Mai
LÜBER
IN DER LUFT
von Anna-Lydia Florin

STATTKINO IM BOURBAKI PANORAMA LUZERN
Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse
oder dem Monatsprogramm - www.stattkino.ch

Städtische Initiative und Gegenvorschlag

Betreuungsinitiative zeigt Wirkung

Hans-Peter Hug, Mitglied städtischer Vorstand, Luzern

Im Frühling 2006 entschloss sich der städtische Vorstand, die Initiative für eine kinder- und elternfreundliche Stadt zu starten. Am 5. Juli 2006 wurde das Begehren mit 1'400 Unterschriften eingereicht. Nun präsentiert der Stadtrat einen Gegenvorschlag, der unsere Anliegen aufnimmt.



Die Initiative sieht einen neuen Artikel in der Gemeindeordnung vor. Sie verlangt, dass die Stadt die Kombination von Familien- und Erwerbsarbeit für Väter und Mütter fördert. Dazu gewährleistet die Stadt ein auf die Nachfrage abgestimmtes und gutes Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder und Jugendliche bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit. Als die Unterschriftensammlung begann, fehlten 175 Betreuungsplätze. Die Unterschriften sammelten sich leicht, das Anliegen stiess auf ein gutes Echo.

Die Initiative hat offenbar Schwung in die Betreuungsfrage gebracht. Inzwischen hat die Stadt mit der Einführung der Blockzeiten die Mittagstische und die Nachmittagsbetreuung ausgebaut. Das Parlament nahm zustimmend von einem ersten Bericht und Antrag Kenntnis. Die städtischen Leitsätze enthalten nun die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und 2007 wurden neue Kindertagesstätten geschaffen. Auf Januar 2008 kündigte der Stadtrat einen weiteren Bericht und Antrag an. Die Grünen erklärten

sich bereit, die Behandlungsfrist der Initiative zu verlängern.

Gegenvorschlag liegt vor

Nun schlägt der Stadtrat einen weiteren Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung vor. Für Kinder im Vorschulalter sind hundert zusätzliche Plätze vorgesehen; die Zahl der Betreuungsstunden bei Tageseltern soll erhöht werden. Die Betreuungsplätze für Kinder und Jugendliche im Schulalter werden ebenfalls ausgebaut. In Littau wird es ab 2010 in den Primarschulen Dorf und Fluhmühle je einen Hort geben. Der ganze Ausbau soll über drei Millionen Franken kosten. Die Forderungen der Initiative sollen durch eine Änderung des Reglements (Vorschulalter) bzw. durch ein neues Reglement (Schulalter) aufgenommen werden. Der Stadtrat sieht diese Massnahmen als Gegenvorschlag zur Initiative und empfiehlt diese deshalb zur Ablehnung.

Initiative zurückziehen?

Für uns stellt sich damit die Frage nach dem weiteren Vorgehen. Die im Initiativkomitee vertretenen Grünen haben Anfang März über einen Rückzug der Initiative diskutiert. In der Diskussion wurde festgehalten, dass der Stadtrat die Forderungen der Initiative weitgehend aufnimmt. Wir haben einiges ausgelöst (siehe oben); unsere Anliegen fanden im Parlament eine Mehrheit, obschon überall vom Sparen die Rede war.

Dass die Forderungen der Initiative nun in zwei Reglementen und nicht in der Gemeindeordnung enthalten sind, läuft im Ergebnis auf das Gleiche hinaus und leuchtet formaljuristisch ein. Genau hinschauen müssen wir aber bei der Umsetzung «bedarfsgerechter» Angebote. Die Bedarfskriterien sind nämlich nirgends verbindlich geregelt. Kritische Bemerkungen gab es auch zu den Betreuungsgutscheinen und zum Ende der integrierten Tagesschule im Grenzhof. Diese beiden Themen haben jedoch auf die Frage des Rückzugs der Initiative keinen Einfluss.

Das Initiativkomitee hat aufgrund der Diskussion entschieden: Falls das Stadtparlament den stadträtlichen Ausbauplänen zustimmt und es zu keinem Referendum kommt, wird das Volksbegehren zurückgezogen.



B I O
SUISSE

EMMER BIOHOF

Franz und Maya
Helfenstein Probst
Oberhasli, 6032 Emmen
041 260 21 71
www.emmer-biohof.ch

Herzlich willkommen in unserem Hofladen!

Öffnungszeiten

Mo 16⁰⁰–18⁰⁰ Uhr

Mi 10⁰⁰–12⁰⁰ Uhr

Fr 14⁰⁰–18⁰⁰ Uhr frisches Brot/Zopf

Sa 10⁰⁰–12⁰⁰ Uhr

Gönnen Sie sich einen Rundgang in unserem Pflanzenlabyrinth!

Mittagstisch für abgewiesene AsylbewerberInnen

Köchin oder Koch gesucht

Die Schweiz ist noch unwirtlicher geworden für AsylbewerberInnen. Seit dem 1. Januar gilt das verschärfte Asylgesetz, das abgewiesenen AsylbewerberInnen nur noch zehn Franken pro Tag in Lebensmittelgutscheinen zugesteht, und die bekommen sie nur nach einem wahren Spiessroutenlauf von der Polizei über das Amt für Migration zum Sozialamt. Die Notschlafstelle ist tagsüber geschlossen, und so stehen sie auf der Strasse, mit ein paar Lebensmittelgutscheinen in der Tasche – im reichsten Land der Welt.

Das Luzerner Asylnetz will dieser unwürdigen Situation nicht tatenlos zusehen und bietet abgewiesenen AsylbewerberInnen im Treffpunkt «Stutzegg» an der Baselstrasse 75 ein einfaches warmes Mittagessen und die Möglichkeit für Kontakte mit Schicksalsgenossen, den Köchen und den Besucherinnen. Der Mittagstisch wird nächstens eröffnet und ist offen von 11 bis 14 Uhr. Wir beginnen mit zwei Mittagstischen pro Woche (voraussichtlich Montag und Freitag). Ist er ein wirkliches Bedürfnis ist, werden wir an weiteren Tagen eine Mittagsmahlzeit anbieten.

Wer ist bereit, als freiwillige Köchin oder als freiwilliger Koch in der Stutzegg am Herd zu stehen – einmal wöchentlich oder einmal alle zwei oder drei Wochen?

Besondere Kochkenntnisse braucht es nicht, wichtiger ist die Motivation, sich mit Offenheit auf die Gäste einzulassen.

Bitte melden Sie sich bei info@asylnetz.ch oder mit dem untenstehenden Talon an:
Luzerner Asylnetz, Landschaustrasse 27, 6006 Luzern.

Wir werden Sie kontaktieren und Sie an den von Ihnen gewünschten Tagen auf die Liste setzen. Telefonische Auskünfte gibt gerne Alma Noser (Tel. 041 420 11 75).

Ich bin bereit, im Treffpunkt Stutzegg, Baselstrasse 75, Luzern, gelegentlich oder regelmässig Kochdienst zu machen.

() einmal wöchentlich () jede 2. Woche (bitte Tage vermerken, die Ihnen nicht passen)

Name _____

Adresse _____

Telefonnummer _____

E-Mail (wichtig!) _____

Anmeldung an Luzerner Asylnetz

Mail: info@asylnetz.ch oder: Luzerner Asylnetz, Landschaustrasse 27, 6006 Luzern

Veranstaltungshinweis

Suffizienz – Wandel statt Wachstum

Natalie Kamber, Sekretariat Grüne, Luzern

Die meisten PolitikerInnen begrüßen das Wachsen der Wirtschaft. Wirtschaftswachstum scheint immer noch die Voraussetzung dafür zu sein, dass «es uns gut geht». Dabei belastet der durchschnittliche Schweizer mit seiner Lebensweise die Erde um ein Vielfaches stärker, als dies verträglich wäre.

Es braucht Suffizienz, d. h. das rechte Mass im Verbrauch von Ressourcen.

Im Frühlingspalaver vom 26. Mai 08 spricht Ilona Geissbühler zum Thema «Suffizienz – Wandel statt Wachstum» (18.00 Uhr im Sentretreff Luzern). Wir freuen uns auf viele DiskussionsteilnehmerInnen.



Was ist zu tun?

Die gegenwärtige Politik beschränkt sich darauf, die (Öko-)Effizienz zu fördern. Das genügt nicht. Es braucht zusätzlich eine Veränderung der geltenden Definition von Wohlstand, die stark an ein Übermass von materiellen Gütern gebunden ist.



Ausschreibung

Unser Kassier Philipp Federer tritt nach über neun Jahren von seinem Amt zurück. Deshalb suchen wir auf Anfang 2009 oder nach Vereinbarung

eine Kassierin oder einen Kassier

Sie/er überwacht die Finanzen der Grünen Luzern, zahlt Rechnungen, stellt die Liquidität sicher, sucht DarlehensgeberInnen, erstellt das Budget für die Wahlen usw. Das Amt bedeutet einen zeitlichen Aufwand von rund sechs Stunden pro Monat.

Wer sich mit Zahlen auskennt und an diesem Amt interessiert ist, melde sich bitte bis Ende April beim Sekretariat der Grünen Luzern (Tel. 041 360 79 66, lu@gruene.ch).

Die mag mich!

www.xundheit.ch

Xundheit
versichert

Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz

Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz, Pilatusstr. 28, 6002 Luzern, Tel. 041 227 77 77



Da enervierte sich Yves Holenweger über das, was der grüne Grossstadtrat Federer zur internationalen Rohstoffhandelsfirma Trafigura gesagt habe, u.a. **Kasinokapitalismus, das töne wie in der DDR**. Tja, dass in der DDR der Begriff schon verwendet wurde, ist eher unwahrscheinlich. Im «Echo der Zeit» fiel der Begriff vor kurzem im Zusammenhang mit der UBS: Wenn die Banken immer mehr Rendite erzielen wollen und dabei immer risikoreichere Geschäfte eingehen, so sei dies unverantwortlicher Kasinokapitalismus. Zurück zur Trafigura. Diese Holdinggesellschaft entsorgte ihre Giftladung auf – für die Bevölkerung – riskante Weise. Was als billige Entsorgung in einem Drittweltland gedacht war, hatte für die Betroffenen tragische Folgen und endete für die Trafigura mit einer happigen Schadenszahlung – ein kapitalistisches Risikospiel der übelsten Sorte, Kasinokapitalismus eben, auch wenn es Herrn Holenweger nicht gefällt.

Die Grünliberalen schreiben: «**Unser politisches Credo:** Wir werden einen anderen Umgang und Stil pflegen. Wir werden uns rechts der SP ansiedeln. Wir wollen ein neues Verständnis für Eigenverantwortung und Innovation prägen. Es geht uns um Nachhaltigkeit in der Ökologie, der Wirtschaft und in den Dienstleistungen.» Das Ja der Grünliberalen zur Unternehmenssteuerreform war absehbar. Ihr Nein zur Initiative «gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten» war hingegen überraschend. Ihre Argumentation lautete, die Kampfjets würden sonst im Ausland fliegen. Einen Hinweis, dass weniger Fliegen ökologischer ist, ob im In- oder im Ausland, suchte man vergebens in ihrer Pressemitteilung. **Das wahre Gesicht der Grünliberalen** ist wenig ökologisch – und dies sogar beim Thema Militär. Anbiederung an die Bürgerlichen? Oder Selbstverwirklichung mit einem Nischenparteiprogramm?

Der Streit um die Hochhäuser auf der Allmend sorgte für komische Blüten: Viktor Rüegg bezeichnete die Hochhäuser in seinem Flugblatt als Irrenhäuser, von anderer Seite hörte man die Betitelung **Puffhäuser**. Hochhüslweid-Bewohnerin Kipfer (SP) wohnt zwar an einer Strasse mit einem höchst sinnigen Namen, bekämpfte aber dennoch die Hochhäuser auf der Allmend. Am SP-Stand weibelte sie mit dem Argument, fünf Stockwerke seien bereits an ein Puff vermietet worden. Dabei existieren noch gar keine Mietverträge ...

Impressum

Herausgeber und Inserateverkauf

Grüne Luzern, Neustadtstrasse 34,
Postfach 31, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5
Telefon 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Redaktion

Natalie Kamber, Raphael Fischer

Korrektorat

Nina Ceresa

Inserate

Telefon 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Fotos

Jakob Ineichen (S. 7, 9), Anton Oetterli (S. 4),
Jonas Ott

Konzept, Gestaltung und Druck

Gegendruck GmbH,
Neustadtstr. 26, 6003 Luzern
Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37

Erscheinung

5x im Jahr, Auflage 1375 Exemplare

Abonnement

Ein Jahr Fr. 30.– Abo

Ein Jahr Fr. 50.– Unterstützungsabo

Redaktionsschluss

RundBrief 3/2008, 19. April 2008



RundBrief 2/08

Agenda

April

Datum	Zeit	Veranstaltung, Ort
Di 01.	19.30	Städtischer Vorstand , Sekretariat Grüne Luzern
Do 03.	19.30	Vorstand Grüne Kriens , Café Ambrosia, Kriens
Fr 04.	20.00	Junge Grüne , Sekretariat Grüne Luzern
Mo 07.	19.30	Kantonaler Vorstand , Sekretariat Grüne Luzern
So 20.		Wahlfest Emmen
Di 22.	19.30	Städtischer Vorstand , Sekretariat Grüne Luzern
Mo 28.	19.30	Kantonaler Vorstand , Sekretariat Grüne Luzern
Di 29.	19.30	Vorstand Grüne Kriens , Café Ambrosia, Kriens

Mai

Datum	Zeit	Veranstaltung, Ort
Di 13.	19.30	Städtischer Vorstand , Sekretariat Grüne Luzern
Mo 19.	19.30	Kantonaler Vorstand , Sekretariat Grüne Luzern
Mo 26.	18.00	Frühlingspalaver: Suffizienz – Wandel statt Wachstum , Sentitreff, Luzern

Juni

Datum	Zeit	Veranstaltung, Ort
Di 03.	19.30	Städtischer Vorstand , Sekretariat Grüne Luzern
Mo 09.	19.30	Kantonaler Vorstand , Sekretariat Grüne Luzern
Do 12.	19.30	Vorstand Grüne Kriens , Café Ambrosia, Kriens



RundBrief 2/08

Stellenanzeige

Auf unserem Sekretariat teilt sich ein Zweierteam ein 70 %- bis 80 %-Pensum. Da Jonas Ott eine Weiterbildung antritt, suchen wir Grünen Luzern eine/n

politische Sekretärin oder politischen Sekretär (30 %, evtl. 40 %) mit ruhiger Hand, Organisationstalent und Empathie

Wenn du

- dich für Politik auf kantonaler und städtischer Ebene interessierst
- mit Computer und Bürotechnik umzugehen weisst
- gern im Zweierteam selbstständig arbeitest
- nicht menschenscheu und
- zeitlich relativ flexibel bist,

dann melde dich bei uns.

Wir bieten einen fairen Lohn, gute Sozialleistungen und einen zentral gelegenen Arbeitsplatz. **Stellenantritt: Juli 2008 oder nach Vereinbarung**

Weitere Auskünfte erteilt dir das Sekretariat (Telefon 041 360 79 66, vormittags). Schriftliche Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen bis 14. April 2008 an: Grüne Luzern, Postfach 31, 6000 Luzern 4.